



Arbeitskreis Zivilklausel Universität Köln

Nein zu Rüstungsforschung –

Wissenschaft für Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie!

Stellungnahme zur Aktualität der Zivilklausel

„Aus dem Verteidigungsministerium kommt die Aufforderung eines Umdenkens in Sachen Zivilklausel. ‘Die Angehörigen der Bundeswehr dienen dem Frieden und unserem Schutz. Sie haben ein Anrecht auf die bestmögliche Ausrüstung und somit auch auf universitäre Forschung und Entwicklung in unserem Land’, erklärt eine Sprecherin. ‚Zivilklauseln sind aus dieser Sicht eine Einschränkung der Freiheit von Lehre und Forschung.‘“

Zivilklauseln an Hochschulen: Ein hohles Bekenntnis, Table.Media, 23. Februar 2023, tinyurl.com/table-media.

„Die erste politische Veranstaltung, auf der ich nach unserer Befreiung am 7. Mai 1945 aus dem KZ-Außenlager Leitmeritz gesprochen habe, stand unter dem Motto ‚mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen‘. Dieser Leitsatz hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die Deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. (...)“

Martin Löwenberg: „Machen wir aus diesem Land ein dauerhaft antimilitaristisches, freiheitliches Gemeinwesen. Das ist das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes.“, Grußwort zur Tübinger Zivilklausel-Konferenz im Oktober 2011.

„Die Rolle von Hochschulen ist es nicht, militärische und politische Konflikte auszutragen, sondern Forschung und Lehre im Sinne einer stabileren, sozialeren und nachhaltigeren Welt zu betreiben – das bringt uns allen echte Sicherheit. Pazifismus ist kein ideologischer Irrglaube.“

Geraldine Rauch, Präsidentin der TU Berlin: Contra: Argumente gegen militärische Forschung, in: Forschung und Lehre, tinyurl.com/GegenMilitaerforschung.

Zivilklauseln sind eine bewusst gefasste Willensbekundung der Hochschulmitglieder, verstärkt für eine zivile, friedliche und humane Gestaltung der

Welt zu wirken. Über 70 Hochschulen haben mittlerweile solche Selbstverpflichtungen beschlossen, die große Mehrheit davon in den letzten zehn

stand: Die NATO-Länder haben ihre Rüstungsausgaben seit 2015 von 895 Milliarden Euro auf 1175 Milliarden Euro gesteigert – sie betragen bereits zu Beginn des Jahres 2022 das 18fache Russlands. Diese massive Aufrüstung konnte den russischen Angriff auf die Ukraine nicht verhindern.

Die Bekämpfung des Klimawandels, die Verwirklichung menschenwürdiger Lebensverhältnisse und einer friedlichen Weltordnung erfordern internationale Kooperation, und zwar mit der gesamten Welt. Das heißt nicht zuletzt, dass internationale Wissenschaftskooperationen ausgebaut werden müssen und die abgebrochenen Kooperationen mit russischen Wissenschaftseinrichtungen wieder aufgenommen werden müssen.

Statt militärischer Forschung hat die Wissenschaft also die Verantwortung, internationalen Dialog zu befördern, langfristig Kriegs- und Friedensursachen zu erforschen, an Konfliktlösungsmöglichkeiten mitzuarbeiten, Lösungen für die Klimakrise zu finden bzw. auch öffentlich zu unterstützen, die Gründe für den Hunger und die soziale Ungleichheit in der Welt und positive Entwicklungspfade für die Menschheit zu erforschen. Rüstungsforschung und Aufrüstung bringt keinen Schritt weiter. Jede Kriegswaffe tötet Menschen, die im Übrigen diese Kriege nicht zu verantworten haben. Die Verwirklichung einer „sozialeren und nachhaltigeren Welt“ ist eine zivile Aufgabe – auch für die Wissenschaft.

Wer wir sind: Im Arbeitskreis Zivilklausel der Uni Köln engagieren sich seit 2010 Studierende und Mitarbeitende entgegen dem neoliberalen Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ für Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung, die für eine friedliche, demokratische und nachhaltige Entwicklung der Welt wirken. Dies ist angesichts kriegerischer Konflikte und weltweiter Aufrüstung aktueller denn je.

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Freitag im Monat um 16:00 Uhr im Gebäude 326, Erweiterungsbau der Theoretischen Physik, im Konferenzraum 0.02:
<https://lageplan.uni-koeln.de/#!326>

Jahren – der Rüstungsindustrie und Teilen der Politik war diese Entwicklung von Anfang an ein Dorn im Auge. Mit dem völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine sehen diese Kräfte nun ihre Stunde gekommen: So bemüht aktuell eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums die grundgesetzlich verankerte „Freiheit von Forschung und Lehre“, um sie in ihr Gegenteil zu verkehren: Nicht die Indienstrafe der Wissenschaft durch partikulare Interessen – wie der Rüstungsindustrie – sondern die Verpflichtung zum Frieden würde angeblich die Wissenschaftsfreiheit gefährden. Konsequenterweise konstruiert das Verteidigungsministerium eine Verpflichtung der Hochschulen zur Forschung für die Bundeswehr.

Damit werden die Schlussfolgerungen aus der deutschen Geschichte auf den Kopf gestellt: Nach 1945 bestand ein gesellschaftlicher Konsens, dass Deutschland sich zivil entwickeln soll, um eine dauerhaft friedliche und demokratische Entwicklung zu gewährleisten: Über unterschiedliche Weltanschauungen hinweg bestand Konsens über die „vier Ds“, die von den antifaschistischen alliierten Siegermächten auch im Potsdamer Abkommen vertraglich festgehalten wurden: Entfernung aller Nazis und ihrer Gesetze aus dem öffentlichen Wesen (Denazifizierung), völlige Abrüstung und Entmilitarisierung (Demilitarisierung),

starke sozialstaatliche Regulierung und Einschränkung der Wirtschaftsmacht der Monopole für das Allgemeinwohl (Dezentralisierung) und die demokratische Organisation des öffentlichen Lebens in Bildung, Kultur, Wissenschaft und Staatswesen (Demokratisierung). Dazu sollten auch die Hochschulen beitragen – Hochschulbetrieb sei nur soweit gerechtfertigt *„als er Dienst am Menschen bleibt. (...) Menschliches Leben ist gemeinsames Leben von verantwortlichen Personen in der Welt. Nur als Teil dieses Lebens ist die Hochschule gerechtfertigt.“*, so explizit das „Blaue Gutachten“ des Studienausschusses für Hochschulreform der Militäradministration in der britischen Besatzungszone 1948. Es ging darum, mit Strukturen von Befehl und Gehorsam zu brechen und Grundlagen für einen demokratischen Neuanfang zu legen.

Entsprechend bilden im Grundgesetz das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Verwirklichung der Menschenwürde und das Sozialstaats-

gebot, Völkerverständigung und Frieden eine positive Einheit – als Grundlage für eine zivile und demokratische Gesellschaftsentwicklung, verwirklicht durch mündige und verantwortliche Bürgerinnen und Bürger. Die Wissenschaftsfreiheit im Grundgesetz steht in diesem Kontext: Wissenschaft sollte nie wieder menschenfeindlichen Zielen, sondern der Humanität dienen.



In diesem Geist ist die Zivilklausel in der Grundordnung der Universität Köln seit 2016 gefasst:

„Die Universität zu Köln trägt im Zusammenwirken ihrer Mitglieder sowie in der Einheit von Forschung und Lehre zur Entwicklung der Wissenschaft und zur wissenschaftlichen Bildung bei. Sie will ein Ort lebenslangen Lernens sein. Im Bewusstsein ihrer Geschichte verwirklicht die Universität zu Köln die Freiheit der Wissenschaft und ist sich dabei ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Zur Realisierung dieses Auftrags setzt sie sich für eine Kultur der Verständigung und Kooperation ein. (...)“

Die Universität zu Köln entwickelt ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt dadurch, dass sie ihren (...) Aufgaben unabhängig von außerwissenschaftlichen Vorgaben nachkommt, insbesondere in ihrer internationalen Zusammenarbeit. Sie wird regelmäßig auf den genannten Gebieten Aktivitäten entwickeln, z. B. Lehrveranstaltungen oder Forschungstätigkeiten.“

Solche Ambitionen, das Wirken für Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie ist angesichts der drängenden Herausforderungen der Zeit notwendiger denn je – das gilt umgekehrt nicht für die Hochrüstungspläne der Bundesregierung. Sie schaden dem Allgemeinwohl. Die Bevölkerung, samt den Angehörigen der Bundeswehr, hat ein Interesse daran, dass weltweite Konflikte auf zivilem Wege gelöst werden. 100 Milliarden für Aufrüstung sowie der Mangel an Verhandlungsmöglichkeiten auch aus dem „Westen“ bezüglich des aktuellen Ukrainekriegs zielen jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Ein Mehr an Aufrüstung statt internationaler Anstrengungen um koordinierte Abrüstung bedeutet kein Mehr an Sicherheit, sondern verstärkte Konfrontation und Rückenwind für nationalistische und kriegsorientierte Kräfte in Russland und weltweit.

Zudem hält die Behauptung, es fehle an militärischen Ressourcen, einer wissenschaftlichen Analyse nicht